



# Informationen

*Seite 3*

**Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld ist neuer Präsident des Hessischen Städtetages**

*Seite 5*

**Die Städte haben ihre Pflicht bestens erfüllt - Redebeitrag OB Christian Geselle**

*Seite 11*

**Stellvertretender Ministerpräsident Tarek Al-Wazir: Hessen wird Vorreiter der Verkehrswende – Hessenstrategie Mobilität 2035**

*Seite 18*

**Schlusswort OB Dr. Heiko Wingenfeld, Fulda: Beachtung und Durchsetzung einer Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne unser Anspruch und Ziel**

7-9/2021



## Titelthema



## Aus dem Städtetag

Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld ist neuer  
Präsident des Hessischen Städtetages

3

OB Dr. Wingefeld zum Präsidentenwechsel und  
zur Verabschiedung von Horst Burghardt

17



## Aus dem Städtetag

Schlusswort OB Dr. Heiko Wingefeld, Fulda:  
Beachtung und Durchsetzung einer Nachhaltigkeit  
im umfassenden Sinne unser Anspruch und Ziel

18

Aktuelle Mitglieder von Hauptausschuss  
und Präsidium des Hessischen Städtetages

19

Die Städte haben ihre Pflicht bestens erfüllt  
- Redebeitrag OB Christian Geselle

5

Einladung und Tagesordnung der Mitglieder-  
versammlung

21

Alte Aufgaben bleiben uns erhalten, neue Aufgaben tre-  
ten hinzu - Redebeitrag GF Direktor Jürgen Dieter

8



## Wirtschaft und Verkehr

Stellvertretender Ministerpräsident Tarek Al-Wazir:  
Hessen wird Vorreiter der Verkehrswende –  
Hessenstrategie Mobilität 2035

11

Mitgliederversammlung beschließt Resolution für  
die Verkehrswende in Hessen 2031

12

**Die Redebeiträge sind mit dem Text des jeweiligen Redemanu-  
skripts abgedruckt. Zu den Texten der tatsächlich gehaltenen Reden  
gibt es Abweichungen.**

Quelle: Titelfoto: Stadt Kassel, Harry Soremski,  
Rubrikenfoto Wirtschaft und Verkehr: Piet\_ Oberau, fotolia.com  
Alle nicht gekennzeichneten Fotos sind vom Hessischen Städtetag, der  
die Bildrechte hat.

### Impressum

51. Jahrgang  
Herausgeber:  
Hessischer Städtetag  
Frankfurter Straße 2  
65189 Wiesbaden  
Telefon: 0611/1702-0, Telefax: 0611/1702-17  
E-Mail: [posteingang@hess-staedtetag.de](mailto:posteingang@hess-staedtetag.de)  
Internet: [www.hess-staedtetag.de](http://www.hess-staedtetag.de)

Verantwortlich: GF Direktor Jürgen Dieter  
Redaktionelle Mitarbeit: Gudrun Zimmer

## Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld ist neuer Präsident des Hessischen Städtetages

(Hm) Der Hessische Städtetag hat den Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld zu seinem neuen Präsidenten gewählt. Dr. Wingenfeld tritt damit die Nachfolge des Kasseler Oberbürgermeisters Christian Geselle an, der dieses Amt seit Juni 2019 ausübte. "Ich fühle mich geehrt, dass mir der Kommunale Spitzenverband sein Vertrauen ausgesprochen hat", erklärt der frisch gewählte Städtetagspräsident.

Schon zuvor habe er seit September 2015 durch seine Mitgliedschaft im Präsidium des Hessischen Städtetages die Interessen Fuldas noch besser auf

übergeordneter politischer Ebene einbringen können. "Der Verband ist ein sehr wirksames Instrument, die Anliegen der hessischen Kommunen gegenüber dem Land nachhaltig zu vertreten. Und ich werde mein Amt gewissenhaft im Interesse der Mitgliedskommunen ausüben", betont Dr. Wingenfeld. "Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne bis hin zu den wichtigen finanziellen Aspekten sowie die Krankenhausentwicklungsplanung und -finanzierung liegen mir besonders am Herzen."

Zum Ersten Vizepräsidenten wurde im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Präsidiums Kassels Oberbürgermeister Christian

Geselle, zum Zweiten Vizepräsidenten Oberbürgermeister Jochen Partsch, Darmstadt, und zum weiteren Vizepräsidenten der Erste Stadtrat Michael Schüßler, Rodgau, gewählt.

Auch der Hauptausschuss hat eine neue Spitze: Vorsitzender ist nun Stadtrat Stefan Majer, Frankfurt am Main, stellvertretender Vorsitzender Bürgermeister Michael Lotz aus Dillenburg.



Bild: Stadt Kassel, Harry Soremski

**Rollentausch zweier strahlender Präsidenten:  
Neuer Präsident OB Dr. Heiko Wingenfeld und Neuer Erster Vizepräsident OB Christian Geselle**



Rechts vordere Reihe: SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser, daneben Staatssekretär Patrick Burghardt (CDU). Dahinter: Fraktionsvorsitzender Mathias Wagner, Bündnis 90/Die Grünen und der frühere Städtetagspräsident OB a.D. Bertram Hilgen

Dem Hessischen Städtetag gehören kreisfreie und kreisangehörige Städte und Gemeinden des Landes an. Alle fünf kreisfreien Städte sowie alle sieben Sonderstatusstädte sind Mitglieder. "Die Städte und Gemeinden können im Hessischen Städtetag gemeinsame Themen setzen und die verschiedenen Anliegen der Kommunen bündeln. Deshalb sind fast alle dabei. Zudem können wichtige Trends und gesetzliche Entscheidungen auf Landesebene richtungweisend beeinflusst werden", sagt Dr. Wingefeld. Insbesondere bei dem für Kommunen elementaren Thema der Finanzen spielen der Hessische Städtetag eine gewichtige Rolle.

"Durch gemeinsame Beratungen kann die Interessenlage der Kommunen bereits im Vorfeld der Gesetzgebung und bei der Einführung wirksam eingebracht werden", führt Dr. Wingefeld weiter aus.



Der konstituierenden Präsidiums- und Hauptausschusssitzung des Hessischen Städtetages war die 24. Mitgliederversammlung des Kommunalen Spitzenverbandes mit zahlreichen Delegierten und Gästen vorausgegangen, die diesmal in Kassel und pandemiebedingt im Auestadion stattfand. Das Land Hessen wurde durch Staatsminister Tarek Al-Wazir vertreten.

## Die Städte haben ihre Pflicht bestens erfüllt - Redebeitrag OB Christian Geselle

„Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Die Kommunen digitalisieren, schützen das Klima, gewährleisten soziale Teilhabe, sodass sich unsere Städte wohnlich und bezahlbar entwickeln, und das alles mit festem Blick auf kommunale Finanzen. Der Hessische Städtetag hat viel vor in den kommenden Jahren und blickt zugleich zurück auf eine zeigenswerte Leistung seiner Mitglieder.

### Corona

Gerne würden wir uns Anfang September, zu Beginn des letzten Jahresdrittels, von unserem Kontrahenten Corona verabschieden. Die aktuelle Pandemie-Lage hat sich zwar in unseren Krankenhäusern entspannt, der Kampf gegen das Virus ist aber leider noch nicht zu Ende.

Die hessischen Städte haben einen wichtigen Beitrag geleistet, mit Maßnahmen vor Ort die Pandemie einzudämmen und in den Griff zu bekommen. Ob in Schulen, in Tageseinrichtungen für Kinder, auf den Straßen und Plätzen, in den Verwaltungen, ob durch Errichten und Organisieren der Impfzentren: Die Städte haben ihre Pflicht bestens erfüllt und einmal mehr bewiesen: Die Kreativität kommunaler Selbstverwaltung zeigt sich gerade in Krisenzeiten besonders deutlich.

„Lernen aus der Krise“. Der Hessische Städtetag steht bereit, in der kommunalen Familie, mit dem Land, mit den Bürger\*innen in Hessen darüber zu sprechen, welche Mängel die Krise aufgedeckt hat. Diese Mängel gilt es dauerhaft für die Zukunft zu beseitigen.

Dabei sprechen wir nicht nur über das Gesundheitswesen, sondern über alle Institutionen, auch über Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder und Rathäuser, aber eben auch über Verbesserungen in Staat und Gesellschaft, die dringend Not tun.



Bild: Stadt Kassel, Harry Soremski

**Beim Heimspiel nach 2 1/2 Jahren als Präsident und turnusgemäß jetzt Erster Vizepräsident:  
OB Christian Geselle**

### Digitalisieren

Die Krise hat aufgedeckt, was wir im Grunde schon wussten, aber vielleicht nicht mit letzter Konsequenz in Angriff genommen haben: Unser Staat, unsere Gesellschaft müssen sich viel mehr beeilen, ihre anstehenden Aufgaben digital zu erledigen.

Bemerkenswert: Die Schulen waren längst auf den Einzug des Digitalen eingestellt, haben aber erst durch die Pandemie den notwendigen digitalen Schub erfahren. Das Tempo der Digitalisierung des Schulalltags war in der Krise notgedrungen massiv erhöht. Über den so genannten „DigitalPakt

Schule“ und seine Annexe zur Digitalausstattung von Schüler\*innen und Lehrer\*innen haben wir intensiv verhandelt. Jetzt ist es eine wichtige Lernerfahrung für die gesamte Schulgemeinde, dass digitale Strukturen Einzug gehalten haben.

Die Krise hat uns gelehrt, wie wichtig es ist, dass die Städte als Schulträger den notwendigen Rahmen bieten – und ich denke hierbei ausdrücklich nicht nur an das Aufstellen von Lüftungsgeräten in Schulräumen: Die Schulen sind mehr als ein Lernort, ein Ort der Wissensvermittlung und des inhaltlichen Diskurses. Sie sind zugleich ein Ort der sozialen Teilhabe und des sozialen Miteinanders. Als Schüler\*innen gezwungen waren untereinander und zur Lehrerschaft auf räumliche Distanz zu gehen, haben sie den Wert des sozialen Miteinanders in der Schulgemeinschaft in vollem Maß neu erkennen und goutieren können.

Der Hessische Städtetag wird auch weiterhin an dem Groß-Projekt Digitalisierung mitarbeiten, um einen nach innen und außen digitalen Workflow zu etablieren und Bürgerinnen und Bürgern einen niederschweligen, digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen zu ermöglichen. Gerade auf den Feldern, die mit Krisenbewältigung zu tun haben, voran im Gesundheitsschutz, aber auch im Katastrophenschutz, der Gefahrenabwehr, dem Veterinärwesen und vielen anderen, erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass wir uns digitaler Instrumente bedienen.

„Bundesweit Vorreiter sind wir schon bei den Online-Anträgen. Die Koordinierungsstelle Digitale Soziale Arbeit hat nicht nur den Antrag SGB II vorangebracht, sondern auch ein bundesweit einzigartiges InnovationLab – vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration sowie den Städten und Landkreisen gefördert – zum Erfolg geführt, deren Erfolge der Bund-Länder-Ausschuss und gerade auch andere Großstädte in Deutschland begeistert aufnehmen und übernehmen wollen. Damit leistet der Hessische Städtetag auch im Bereich Künstliche Intelligenz, Innovation und Forschung Entscheidendes und bringt mit innovativen Ideen und Studien die Digitalisierung bundesweit voran.“

### Klimaschutz

Zuletzt die Unwetterkatastrophen in diesem Sommer haben uns vor Augen geführt, wie wichtig es ist, lokal zu handeln und einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten sowie lokale Planungen danach auszurichten. Zudem müssen wir die Städte für die Folgen des Klimawandels, rüsten. Natürlich können wir dem Raubbau unserer natürlichen Ressourcen anderswo auf der Welt nicht gleichgewichtig mit einer lokalen Agenda entgegen treten. Es bleibt aber unser Auftrag, alles Erdenkliche für den Klimaschutz lokal zu gewähren und somit einen städtischen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Es nutzt immer, in der Verkehrspolitik, im Naturschutz, in der Landschaftsentwicklung, in der Städte- und Raumplanung und in der Energiepolitik lokal Zeichen zu setzen. Viele kleine lokale Klimanetze fügen sich zu einem großen Klimanetz zusammen.

Dabei stehen die Städte selbst vor Abwägungserfordernissen: Gerade in den dicht besiedelten Regionen Hessens brauchen die Menschen Wohnungen. Wohn-

raum darf nicht so knapp bleiben, dass Wohnen immer teurer wird. Dies gilt, selbst wenn wir an einigen Stellen Flächen zusätzlich versiegeln. Wir entscheiden als Städte im Spannungsfeld zwischen dem Bedarf der Menschen an Wohnraum und dem Bedarf der Umwelt an unversiegeltem Boden. Weder wir als Kommunen noch das Land dürfen diese Spannung einseitig auflösen.

Nicht zufrieden sind wir mit Teilen des Landesentwicklungsplans: Wir verstehen nicht, dass das hessische Land von der ländlichen Region abgekoppelt wird. Wir halten das Institut des „polyzentrischen Mittelzentrums“ für eine gute Idee, wir verstehen aber nicht, dass der Landesentwicklungsplan eine große Zahl unserer Mitglieder ungleich behandeln und ihnen die Funktion als polyzentrische Mittelzentren versagen will.

Wasser ist und wird noch mehr eine Schlüsselressource sein für kommunale Belange: Wir werden uns gegen die Gefahren von zu viel Wasser durch Starkregen und Überflutungen schützen müssen. Wir werden die Schäden von zu wenig Wasser beim Stadtgrün, in Feldern und Wäldern beseitigen müssen.

Die Bewirtschaftung der wertvollen Ressource Wasser beschäftigt das Land und den Hessischen Städtetag bereits seit mehreren Jahren. Es geht darum, einen nachhaltigen Schutz und eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen sowie eine leistungsfähige Wasserversorgung in Hessen zu sichern.

### Finanzen

In der zweiten Hälfte der zehner Jahre haben die Kommunen dank günstiger konjunktureller Entwicklung mit guten Steuererträgen die Finanzschäden, die 2010 entstanden waren, in weiten Zügen bereinigen können. Dazu hat auch ein

sinnvolles Programm wie die HESSENKASSE beigetragen. Die Kommunen haben deren Angebot der „Hilfe zur Selbsthilfe“ genutzt und sich mit Unterstützung des Landes von lästigen Kassenkrediten bis zu einem gewissen Grad befreit.

Kein Verständnis haben wir vor wie nach für die Aktion „Heimatumlage“. Als einziges Bundesland erhebt Hessen eine Landesumlage auf die Gewerbesteuer, zieht von den Städten dringend benötigte Einnahmen ab. Der Hessische Städtetag bleibt dabei: Diese Umlage gilt es abzuschaffen.

Sehr positiv haben wir dagegen in Erinnerung, dass das Land so ganz anders auf die Finanzschäden der Corona-Pandemie reagiert hat als auf die große Finanzkrise 2009:

Damals hatte das Land den Städten zu deren verlorenen Steuererträgen auch noch jährlich in dreistelliger Millionenhöhe Zuweisungen entzogen. Diesmal hat das Land aus seinen Fehlern gelernt und uns in der Corona-Pandemie geholfen. Drei Milliarden Euro an Unterstützung für die Jahre bis 2023, für die Land selbst Schulden aufnehmen musste: Nach intensiven Verhandlungen mit dem Land haben die Städte im November 2020 eine gute Lösung erstritten.

Die nächsten Jahre erlauben allerdings keine Euphorie. Im Moment zehren viele Städte noch von kleinen Polstern aus besseren Tagen. Die Landesregierung läge aber falsch, wollte sie daraus schlussfolgern, den hessischen Kommunen ginge es gut. Eine auf Jahre lahrende Einnahmeseite und eine derzeit überdurchschnittlich galoppierende Ausgabeseite reißen Lücken in die kommunalen Haushalte, die ohne weitere Hilfen von Bund und Land gar nicht oder allenfalls nur durch neue Schulden zu schließen sein werden.



# Alte Aufgaben bleiben uns erhalten, neue Aufgaben treten hinzu - Redebeitrag GF Direktor Jürgen Dieter

(JD)

Corona ist noch nicht überwunden und doch planen wir schon für die Zeit nach Corona. Eine Zeit des Umbruchs.

Alte Aufgaben bleiben uns erhalten, neue Aufgaben treten hinzu.

## Klimaschutz

Am deutlichsten wird dies beim Klimaschutz. Dort stehen wir vor hohen Anforderungen und Erwartungen.

Die Kommunen sollen ihren Beitrag leisten für den globalen Klimaschutz auf Gebieten wie dem Verkehr, der Energie, dem Umweltschutz, dem Naturschutz.

Die Kommunen sollen ihren Beitrag leisten für den lokalen Klimaschutz. Diskutiert wird zum Beispiel über Rückbau, Renaturierung, um sich besser gegen Starkregen wappnen zu können.

Die Kommunen sollen ihren Beitrag leisten, um den Klimafolgen begegnen zu können, die nicht mehr rückzuholen sind.

Es gilt den Katastrophenschutz darauf zu prüfen, ob wir hinreichend gut organisiert und gewappnet sind. Kommunal Verantwortliche werden zur Rechenschaft gezogen – nicht nur, wenn sie zu spät agieren oder falsch delegieren. Wir werden kritisiert, wenn Organisation und Gerät nicht optimal sind. Digitalisieren des Katastrophenschutzes – ein Stichwort.

## Digitalisieren

Digitalisieren ist ein weiteres Aufgabenfeld. Längst arbeitet der Hessische Städtetag zusammen mit den beiden anderen Kommunalverbänden und dem Land – mit dessen finanzieller Unterstützung – an der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes. Direktor Gieseler hat dafür die richtigen Weichen für das OZG-Projekt gestellt.

### Für das Digitalisieren gilt:

Inhalt vor Technik – die Verfahren müssen für Bürger wie Verwaltung nutzbar sein.

Die IT-Technik als solche muss selbst fortschrittlich sein.

Die Organisation der Verwaltung, die digital ausgerichtet wird.

Das Digitalisieren als psychologisches Element in den Köpfen der Belegschaft: Weg vom Aktenwagen und den Ablagekörben für Papier hin zum rein digitalen Schreibtisch.

## Geschäftsbericht

Wir schauen gerne zurück, lieber noch schauen wir nach vorne.

50 Jahre alt ist der Hessische Städtetag.

Die Arbeit der letzten fünf Jahre haben wir in unseren Geschäftsbericht gepackt. Auf 47 Seiten geben wir Ihnen Rechenschaft in komprimierter Fassung. Wir haben auf Details verzichtet und Ihnen die wesentlichen Linien unserer Arbeit vermittelt. Gegliedert und bebildert – wir hoffen, dass die Lektüre Ihr Interesse findet und einen Einblick in die Arbeit unserer Geschäftsstelle vermittelt.

Zu den wesentlichen inhaltlichen Positionen hat Präsident Geselle in seiner Eröffnungsrede Position bezogen.



GF Direktor Jürgen Dieter: Wir schauen gerne zurück, lieber noch schauen wir nach vorne!

## Internationale Beziehungen

Direktor Gieseler hat die internationalen Beziehungen belebt, mit Wisconsin, mit schwedischen Städten. Das Präsidium hatte die Botschafterin von Benin zu Gast.

Ein Novum und Höhepunkt in der Zeit des Hessischen Städtetages, dass eine Delegation des Verbandes sich in Israel mit dem dortigen Kommunalverband traf, eine Partnerschaft einging und unter der Feder des damaligen Präsidenten Uwe Becker eine gemeinsame Resolution gegen Antisemitismus zeichnete.

Die Städte stärken bleibt Kernaufgabe der Geschäftsstelle und des Verbandes.

Kommunale Selbstverantwortung, das heißt: Alle kommunalen Akteure sollen ihr Wissen, ihre Kenntnisse eigenverantwortlich zum Wohl der Bürger\*innen umsetzen können. Dafür streiten wir auch in den kommenden fünf Jahren.

## Geschäftsstelle

Der Hessische Städtetag ist fünfzig Jahre alt und hat sich seither angepasst und verändert. Wir arbeiten seit langem digital und werden noch digitaler werden.

Die Geschäftsstelle hat ein kleines, schlankes, leistungsfähiges Team mit flacher Hierarchie. Direktoren und Referatsleiter\*innen erstellen ihre Produkte meist direkt aus eigener Arbeit.

Als die Geschäftsstelle 1971 startete, leisteten fünf Männer auf der Direktoren-Referentenebene ihren Dienst – das entspricht fünf Vollzeitäquivalenten. Nach fünfzig Jahren arbeitet die Direktoren-Referatsleiter\*innen-Ebene mit vier Frauen und vier Männern, aber mit nur zwei Vollzeitäquivalenten mehr als vor 50 Jahren.

Sieht man die Personalentwicklung an anderer Stelle, etwa in den Ministerien, bei anderen Verbänden, ist dies ein eher bescheidener Personalaufwuchs.

Unter den drei hessischen Kommunalen Spitzenverbänden in Hessen unterhält der Hessische Städtetag die kleinste Geschäftsstelle, obwohl wir das breiteste Aufgabenspektrum abbilden: die Aufgaben der Gemeinden und die Aufgaben der Kreise, nämlich der kreisfreien Städte.

Auch in der letzten fünf Jahren hat der Hessische Städtetag seine Kernaufgaben gut erledigen können: Informationsaustausch und Begegnung der kommunal Verantwortlichen organisieren und beraten, Vereinbarungen treffen, Innovationen anstoßen.

Vieles erledigen wir selbst. Zwar bedienen wir uns für das Erstellen des doppischen Jahresabschlusses der Mitarbeit eines Fachmannes von außen.

Als aber zum Beispiel der Verlag, der bis dahin unsere INFORMATIONEN gedruckt hatte, seine Arbeit eingestellt hat, haben wir diese sechsmal im Jahr erscheinende Broschüre kurzerhand selbst gestaltet und reichen es als digitales Produkt weiter. Auch unser Geschäftsbericht ist nicht nur vom Inhalt, sondern auch von der technischen Erstellung her ein Eigenprodukt!

Erlauben Sie mir, gemeinsam mit Direktor Gieseler Dank zu sagen an das Team, an die Sekretariate, an die Referatsleiter\*innen, besonders an Herrn Hofmeister, der u.a. die Events dieses Jahres 2021 optimal vorbereitet hat.

Unser Wissens- und Informationstransfer verläuft im Gegenstrom mit Ihren Städten: Nicht nur wir beraten und informieren unsere Mitglieder. Wir in der Geschäftsstelle beziehen Wissen und Erfahrung auch aus den Verwaltungen unserer Mitgliedstädte.

Vielen Dank dafür an die Führungen, an die Fachebene unserer Städte!

Zahl und Gewicht unserer Aufgaben sind explodiert. Im Bereich Gesundheit/Krankenhäuser sind wir nicht erst wegen Corona gefordert, Digitalisierung im Transfer zwischen Verwaltung und Bürger, smart-City und 5-G-Sendemasten: Die Anforderungen im Austausch gegenüber dem Land verändern sich.

Schon vor der Krise, vor allem dann aber im Zuge der Corona-Krise hat sich das Aufgabenspektrum des Hessischen Städtetages methodisch erweitert. Wir sind nicht mehr alleine gefragt dazu, wie sich Regierungs- und Parlamentshandeln auf die Städte auswirkt. Die Regierung fordert uns, begleitend immer mehr auf kommunaler Ebene Regierungsentscheidungen kommunal zu vollziehen. Nicht, dass dies im Grunde völlig neu wäre. Im Ausmaß aber schon.

Viel häufiger als früher ist die Geschäftsstelle nicht in Themen mit gegensätzlichen Interessen und der Normregelung befasst, sondern in Fragen des Wie der Gestaltung.

Beispiel: Beim DigitalPakt Schule etwa geht es zwar auch darum, wie der Finanztransfer von Bundeszuschüssen auf die Städte klappt. Immer mehr überwiegt aber die Fachfrage, wie die Städte technisch und gestalterisch optimal WLAN und digitale Endgeräte einsetzen können.

Verstärkt worden ist regierungsbegleitendes Arbeiten während der Corona-Krise, weil MP Bouffier die Kommunalen Spitzenverbände regelmäßig zu Videokonferenzen eingeladen hat. Der Hessische Städtetag hat diese Konferenzen vor- und nachbereitet: 60 Telefonkonferenzen des Präsidiums in nicht einmal 18 Monaten!

Es entstand das wohlige Gefühl: Der Städtetag sitzt mit am Kabinettstisch. Keine schlechte Entwicklung in Krisenzeiten, weil der Städtetag unspektakulär das Regierungshandeln beeinflusst und zu einem Grad zugleich den Menschen geholfen und städtische Interessen behauptet hat.

Die Nähe zum Corona-Kabinett hat viele Vorteile für die Städte. Zugleich gilt aber auch: Auf Dauer kann es zum Problem werden, wenn die Kanten kommunaler und Landesinteressen immer mehr verschwimmen. Wahrscheinlich wird es darauf hinausgehen – wie so oft im Leben und in der Politik: die richtige Mischung macht's. Wo angezeigt vertrauensvoller, unmittelbarer Dialog, wo nötig – klare Kante zeigen.

Die schlanke Struktur der Geschäftsstelle hat sich bewährt. Dennoch werden wir für die kommenden fünf Jahre zu überlegen haben, ob unser Personalzuschnitt noch passt. Eine Veränderung könnte heißen: Noch mehr Leistung durch ein größere Zahl an Mitarbeitenden. Mehr Stellen als bisher: Das führt aber auch zu einem höheren Finanzbedarf.

Das letzte Wort zur Struktur hat nicht die Geschäftsstelle, sondern die, die Sie heute wählen werden: die Mitglieder in Präsidium und Hauptausschuss.

### **Kommunale Selbstverwaltung ist zu stärken und zu verteidigen**

Für den Hessischen Städtetag bleibt das wichtigste Ziel, die Kraft der Selbstverwaltung in unseren Städten zu stärken. Kommunalpolitiker\*innen sind immer zuerst Praktiker\*innen.

Beispiel: Als unsere Mitglieder in der Krise plötzlich den Auftrag hatten, Impfzentren zu errichten, initiierte das Innenministerium dies durch einen „Einsatzbefehl“. Die

Städte, die Oberbürgermeister waren plötzlich „Befehlsempfänger“. Wir haben dies zu keinem Moment problematisiert. Im Dezember 2020 ging es darum, möglichst schnell möglichst viele, damals vor allem vulnerable Menschen zu impfen. Es hätte Kopfschütteln ausgelöst, hätten wir statt praktische Arbeit zu leisten, das Thema „Kommunale Selbstverwaltung“ streitig mit der Landesregierung erörtert und uns empört gegen einen Landes-„Befehl“ gewehrt.

Geht es um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger rangiert Prinzipienstreit hinter der praktischen Hilfe.

Trotzdem bleibt es dabei: Die Stärke kommunaler Selbstverwaltung liegt darin, dass die kommunal Verantwortlichen eben keine lokalen Präfekten, nicht die unterste Hierarchieebene der Landesverwaltung sind.

Der und die direkt Gewählte ist seinen Bürger\*innen, seinen Stadtverordneten verantwortlich, nicht der Landesregierung. Immer sollen sowohl über das „Ob“ als auch das „Wie“ kommunalen Handelns die vor Ort Gewählten entscheiden.

### **Städtische Finanzen**

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal das zentrale Thema kommunaler Selbstverwaltung aufrufen: Bund und Land müssen die Städte finanziell gut ausstatten. Finanziell ungenügend ausgestattete Städte können ihre Aufgaben nicht erfüllen. Fehlt es an

Geld, funkt die Aufsicht des Landes ständig dazwischen. Dann droht ein Wesenskern der kommunalen Selbstverwaltung Not zu leiden.

Wie sich der Finanzbedarf der hessischen Städte in den kommenden Jahren entwickeln wird, ist nicht klar. Das Land analysiert nicht zu Unrecht, dass eine Mehrheit der Städte – aber nur eine Mehrheit, nicht alle – über Reserven verfügt, die noch aus der „guten Zeit“ Ende der zehner Jahre stammen. Es wäre aber ein schlimmer Trugschluss, zu glauben, dass diese Reserven flächendeckend lange vorhalten werden. Wie schon der Präsident ausgeführt hat: Die Einnahmen fließen spärlich, weit spärlicher jedenfalls als Anfang der zwanziger Jahre gedacht. Und die Aufgaben und Erwartungen sind gestiegen, noch mehr als zu Beginn des Jahrzehnts prognostiziert. Nicht die beiden Jahre der Corona-Krise sind die für die Kommunalfinanzen schwierigsten. Am schwierigsten wird die Zeit, die jetzt kommt, die Zeit bis Mitte der zwanziger Jahre.

Jetzt kommt die Evaluierung und danach wahrscheinlich die Anpassung oder gar Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Sehen wir das als wichtige Herausforderung. Helfen Sie uns, verehrte Delegierte, in der Auseinandersetzung für gute kommunale Finanzausstattung. Damit unsere zahlreichen Ziele und Aufgaben, unser Gestaltungsspielraum der kommenden Jahre nicht schlussendlich am fehlenden Geld scheitern müssen!



**Vor Beginn der Veranstaltung: Stimmungsvolle Lieder der Musikschule Kassel.**

## Stellvertretender Ministerpräsident Tarek Al-Wazir: Hessen wird Vorreiter der Verkehrswende - Hessenstrategie Mobilität 2035

(JD) Präsident und Gastgeber Oberbürgermeister Christian Geselle konnte zum Ende seiner Amtszeit in seinem Kasseler Auestadion einen hohen Gast empfangen.

Zu den Delegierten der Mitgliederversammlung sprach der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir (Bündnis 90/Die Grünen).

Sein Thema: Hessen wird Vorreiter der Verkehrswende - Hessenstrategie 2035.

In seiner mit Beifall aufgenommenen Rede vermittelte der Minister, wie er die Verkehrswende in Hessen gestalten will - mit Blick weit über die Legislaturperiode hinaus.



Zu Fuß im gleichen Schritt : Präsident Christian Geselle und Stellvertretender Ministerpräsident Tarek Al-Wazir



Stv. MP Al-Wazir: Hessen wird Vorreiter der Verkehrswende



Stv. MP Al-Wazir: Blick bis zum Jahr 2035

## Mitgliederversammlung beschließt Resolution für die Verkehrswende in Hessen 2031

(Sw) Die Mitgliederversammlung des Hessischen Städtetages hat am 2. September 2021 mit sehr wenigen Gegenstimmen die Resolution für die Verkehrswende in Hessen 2031 beschlossen (*Wortlaut der Resolution s. nachfolgende Seiten 13-15*). Darin bekennt sich der Verband zu der Notwendigkeit, die Verkehrswende in Hessen angesichts des Klimawandels, der Stickstoffdioxid- und Lärmbelastung und vor dem Hintergrund der zunehmenden Flächenknappheit in den Städten dringend beschleunigen.

Der Hessische Städtetag befasst sich bereits seit längerer Zeit mit dem Thema Verkehrswende und hat hierzu bereits 2020 ein Positionspapier veröffentlicht. Die Resolution stellt eine Fortentwicklung des Positionspapiers dar. Danach hält der Verband weiter an der Aussage fest, dass der öffentliche Nahverkehr ein Garant für eine funktionierende Mobilität in den Städten ist. Er dient sowohl dem Klima als auch einer verbesserten Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Stadtzentren. Daneben sind Rad- und vor allem der Fußverkehr als die basale Mobilitätsform hervorzuheben. Nahezu jede Wegeketten beginnt und endet zu Fuß, selbst wenn es nur der Weg vom Parkplatz oder Fahrradständer zum Ziel ist. Dementsprechend ist dem Fußverkehr für innerstädtischen Verkehr die höchste Priorität zuzuschreiben.

### Finanzierung

Bei der Finanzierung des ÖPNV-Betriebs ist absehbar, dass die bisherigen Mittel für die kommenden Jahre 2023 bis 2027 nicht ausreichen werden. Die Kommunen lehnen eine weitere Erhöhung

der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) ab, weil die kommunalen Haushalte gerade in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre vor allem Corona-bedingt weitere Mindereinnahmen aus dem KFA nicht werden verkräften können.

Neben den Regionalisierungsmitteln des Bundes stellen die KFA-Mittel den größten Teil der Finanzierung dar. Die Mittel wurden in den vergangenen Finanzierungsperioden stets aufgestockt – zuletzt mit der Maßgabe, dass eine weitere Erhöhung ausgeschlossen ist. Die Kommunen fordern daher für die Zeit ab 2023 vom Bund eine deutliche Aufstockung der Regionalisierungsmittel und vom Land eine Finanzausweisung aus dem originären Landeshaushalt zur ÖPNV-Finanzierung.



Bild: steffus, fotolia.com

### Handlungsspielräume für verkehrsrechtliche Anordnungen

Land und Bund müssen die Handlungsspielräume der Kommunen bei verkehrsrechtlichen Anordnungen ausweiten, zum Beispiel bei der Anordnung von Geschwindigkeits- und Zufahrtsbeschränkungen, Zebrastreifen oder City-Maut.

Die Städte wollen vor allem bei der Entscheidung über Geschwindigkeitsreduzierungen innerorts mehr Kompetenz.



Bild: FM2, fotolia.com

Land und Bund sollen die Forderung der Kommunen unterstützen in geschlossenen Ortschaften Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit festzusetzen.

Die Mitgliederversammlung hat sich auch dafür ausgesprochen, bei der Verkehrswende die Mobilität und die soziale Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen zu verbessern.

### Verkehrswende im ländlichen Raum

Gleichzeitig bleibt für die Mobilität der Menschen gerade außerhalb der Ballungszentren in den nicht urbanen Räumen der motorisierte Individualverkehr weiterhin bedeutsam. Für den weniger verdichteten und den ländlichen Raum wird der Hessische Städtetag innerhalb der Kommunalwahlperiode ein eigenes Papier erarbeiten, das sich vor allem mit der Schnittstelle zwischen Stadt und nicht urbanem Raum und den dort eigenen/spezifischen Problemen befasst. Dabei geht es um Lösungen für die Menschen, die nicht mit dem öffentlichen Nahverkehr in die Stadt/die Ballungszentren kommen.

# Resolution für die Verkehrswende in Hessen 2031 – nachhaltig umweltfreundliche Mobilität im urbanen Raum

Wir wollen die Verkehrswende in Hessen angesichts des Klimawandels, der Stickstoffdioxid- und Lärmbelastung und vor dem Hintergrund der zunehmenden Flächenknappheit in den Städten dringend beschleunigen.

Der öffentliche Nahverkehr ist ein Garant dafür, dass Mobilität in den Städten funktioniert. Er dient sowohl dem Klima als auch einer verbesserten Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Stadtzentren. Rad- und Fußverkehr zählen zu den bedeutendsten Faktoren, um maßgebliche Erfolge im Sinne nachhaltiger Mobilität zu erreichen.

Es gilt, möglichst große Anteile des motorisierten Individualverkehrs auf Fuß-, Rad-, Bus- und Tramverkehr, S- oder U-Bahn zu verlagern und die Nutzerinnen und Nutzer dabei mit dem für sie besten Mobilitätsangebot für ihren aktuellen Zweck auszustatten. Die Verkehrswende funktioniert nur, wenn sie auch für die Bürgerinnen und Bürger praktisch umsetzbar ist.

Es wird zu berücksichtigen sein, ob und wie sich das Nutzerverhalten durch die im Zuge der Corona-Pandemie etablierten Homeoffice-Lösungen und Kommunikationsmöglichkeiten wie Videokonferenzen verändern wird.

Es gilt bei der Verkehrswende die Mobilität und die soziale Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen zu verbessern.

## 1. Finanzierung der Verkehrsverbünde

Es ist absehbar, dass die bisherigen Mittel zur Finanzierung

des ÖPNV für die kommenden Jahre 2023 bis 2027 nicht ausreichen werden. Eine weitere Erhöhung der Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) lehnen die Städte jedoch ab, weil die kommunalen Haushalte gerade in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre vor allem Corona-bedingt weitere Mindereinnahmen aus dem KFA nicht werden verkräften können.

Neben den Regionalisierungsmitteln des Bundes stellen die KFA-Mittel den größten Teil der Finanzierung dar. Die Mittel wurden in den vergangenen Finanzierungsperioden stets aufgestockt – zuletzt mit der Maßgabe, dass eine weitere Erhöhung ausgeschlossen ist. Die Kommunen fordern daher für die Zeit ab 2023 vom Bund eine deutliche Aufstockung der Regionalisierungsmittel und vom Land eine Finanzausweisung aus dem originären Landeshaushalt zur ÖPNV-Finanzierung sowie eine Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände an allen Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den Verkehrsverbänden für die neue Fünf-Jahres-Finanzierungsvereinbarung 2023 bis 2027.

## 2. Programm zur Finanzierung von Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen im städtischen Verkehr

Investitionen in das ÖV-System sind die Grundpfeiler der Verkehrswende. Die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur sind jedoch insgesamt nicht ausreichend. Ein Ausbau und eine Modernisierung/Erneuerung und Unterhaltung der Systeme ist unabdingbar. Doch

allein der Sanierungsstau im kommunalen ÖPNV belief sich (2017 bundesweit) auf 4,7 Mrd. Euro (*Fenske VDV in: Kopo 11/2017, S. 25*).

Politik für eine moderne Infrastruktur braucht Kontinuität und Verlässlichkeit in Planung und Mittelzuweisung. Um kommunale ÖV-Systeme – Fahrzeug, Fahrweg, Steuerung etc. – zu finanzieren, fordern wir zusätzlich zu den mit dem Mobilitätsfördergesetz bereitgestellten Beträgen i.H.v. 100 Mio. Euro Mittel i.H.v. mindestens 50 Mio. Euro für den kommunalen ÖPNV jährlich sowie deren Dynamisierung. Zusätzlich muss das Land die Förderung der Fahrzeugbeschaffung und -modernisierung inkl. der Verkehrswegeinfrastruktur ermöglichen.

Die für eine Landesförderung von Schienenausbau-Projekten erforderliche Nutzen-Kosten-Analyse muss neben der standardisierten Perspektive auf die Wirtschaftlichkeit auch Umweltbelange, langfristige Perspektiven der Siedlungsentwicklung sowie den Fahrgastkomfort berücksichtigen.

Land und Bund müssen die Förderfristen und -bedingungen praxisnah und einfach gestalten. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Gelder, die Land und Bund zur Verfügung stellen, auch tatsächlich von den Kommunen für die vorgesehenen Projekte eingesetzt werden können. Zu hohe bürokratische Hürden oder zu kurze Fristen für die Antragstellung verhindern dagegen einen Mittelabfluss. Ggf. müssen die gesetzlichen Vorgaben u. a. haushaltsrechtliche Regelungen so angepasst werden, dass eine praxis-

nahe Förderung möglich wird.

### 3. Mehr Raum für Fuß- und Radverkehr und das ÖV-System

Bei knappem Verkehrsraum in den Innenstädten sollen Fußgänger, Radfahrer und das ÖV-System einen höheren, der motorisierte Individualverkehr einen geringen Anteil erhalten.

Den Flächenverbrauch durch den ruhenden Verkehr können die Städte vor allem dadurch reduzieren, dass sie Parkraum begrenzen und bewirtschaften, zum Beispiel Parkgebühren erhöhen oder die Nutzung zeitlich einschränken oder Gebühren für Bewohnerparken anheben oder staffeln.

Das Land muss hierzu endlich die Delegationsverordnung in Kraft setzen, damit die Kommunen eigene Gebührenordnungen zur Ausstellung von Bewohnerparkausweisen erlassen können.

Die Preisgestaltung in den Parkbauten muss gegenüber dem Parken im öffentlichen Raum deutlich günstiger gestaltet werden. So können Kommunen wertvollen öffentlichen Raum für die Entwicklung lebenswerter Städte zurück gewinnen.

Ebenso kann durch entsprechende Regelungen in den Stellplatzsätzen oder durch Umgestaltung von Flächen, wie die Umverteilung zugunsten des Rad- und Fußverkehrs oder zusätzliche Begrünung, zugunsten der Verkehrswende gesteuert werden.

Die Sicherheit und der Komfort von Fuß- und Radverkehr darf nicht zu Gunsten der Kfz-Verkehrsleitung vernachlässigt werden. Dies spielt insbesondere bei der Gestaltung von Knotenpunkten und der Flächenverteilung im Längsverkehr eine Rolle.

Die Städte erwarten, dass die Landesregierung mittels entsprechen-

den Regelwerks effiziente und automatisierte Parkraumüberwachung unterstützt.

### 4. Fußverkehr

Der Fußverkehr stellt die basale Mobilitätsform dar. Nahezu jede Wegekette beginnt und endet zu Fuß, selbst wenn es nur der Weg vom Parkplatz oder Fahrradständer zum Ziel ist. Dementsprechend ist dem Fußverkehr für innerstädtischen Verkehr die höchste Priorität zuzuschreiben.

Land und Bund müssen die Gestaltungsmacht der Kommunen für verkehrsrechtliche Anordnungen ausweiten, z.B. bei der Anordnung von Zebrastreifen und innerörtlichen Geschwindigkeitsreduzierungen.

### 5. Radverkehr

Die Städte wollen die Radverkehrsinfrastruktur konsequent und zeitnah ausbauen und modernisieren. Es ist richtig und wichtig, dass das Land den Kommunen hierfür Mittel – auch solche des Bundes – zur Verfügung stellt. Die Förderprogramme sind jedoch so zu erweitern, dass auch die personellen Ressourcen der Kommunen und der Betrieb der Radverkehrsinfrastruktur förderfähig werden (*Planungen sind bereits förderfähig im selben Umfang wie Bau (i.d.R. 70 % +/- 10 % nach Leistungsfähigkeit); zusätzlich werden Machbarkeitsstudien für Radschnellverbindungen mit ca. 50 % gefördert.*).

Auch die Radschnellwege müssen zügig ausgebaut werden. Hierfür wollen sich die Städte, soweit sie über die dafür nötigen personellen und finanziellen Ressourcen verfügen, in eigener Verantwortung engagieren. Auch hier sind die Kommunen auf die Mittel angewiesen, die das Land für die Planung und den Bau der Radschnellwege zur Verfügung stellt.

Einen Kostenfaktor stellt zudem die Unterhaltung der Radschnellwege mit ihren gegenüber normalen Radwegen höheren Standards dar. Hier ist in den nächsten Jahren mit einer deutlichen finanziellen Belastung derjenigen Kommunen, die Baulastträger für die Radwege sind, zu rechnen. Wir halten es für wichtig, dass sich das Land an den Unterhaltungskosten der Radschnellwege mindestens zu 75 Prozent beteiligt.

Zudem bedarf es einer besseren Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV. Hierzu müssen Bike&Ride-Angebote weiter ausgebaut und zusätzliche, insbesondere attraktive und sichere Fahrradabstellplätze geschaffen werden (*Das Land unterstützt hierbei.*).

### 6. Alternativen zur bisherigen ÖPNV-Finanzierung prüfen

Wir sehen hier die Notwendigkeit, auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie Nutznießerfinanzierung dringend zu prüfen (*Unter Nutznießerfinanzierung versteht man das Abschöpfen eines ökonomischen Nutzens, den Dritte aufgrund vorhandener Infrastruktur erzielen. Demnach wäre bspw. in Gebieten, die neu zu erschließen oder bereits durch Bahnen und Busse erschlossen sind, das Erheben eines Beitrags für die ÖPNV-Erschließung denkbar.*).

Bisher gibt es in Hessen verschiedene Angebote von Flatrate-Tickets, wie das Schülerticket, das Landesticket oder das Seniorenticket. Wir unterstützen das Anliegen langfristig ein kostengünstiges Bürgerticket für alle Hess\*innen einzuführen.

Die Städte halten es für wichtig, Flatrate-Tickets wie beispielsweise das 365-Euro-Ticket zu erproben, um über das Nutzerverhalten zu lernen und mehr Menschen für den ÖPNV zu gewinnen. Allerdings muss die Frage der Finanzierung von Flatrate-Angeboten

sowie die Frage der Finanzierung der zusätzlichen Infrastruktur und des zusätzlichen Personals, die bei steigenden Fahrgastzahlen benötigt werden, geklärt werden. Hier müssen sich alle Beteiligten bekennen, denn der Bürger zahlt in jedem Fall: wenn nicht der Fahrgast für sein Ticket zahlt, finanziert die Allgemeinheit die Preisvergünstigung über andere Wege.

Will die Landesregierung Flatrate-Tickets auf weitere Nutzergruppen ausweiten, muss sie bis zur Lösung der Finanzierungsfrage originäre Landesmittel sicherstellen. Anders sind Flatrate-Angebote nicht zu finanzieren.

Mit einem sog. Kommunalticket wollen die Städte ihren Beschäftigten eine kostengünstige oder kostenfreie Fahrt zur Stadtverwaltung ermöglichen. Das Kommunalticket für kommunal Beschäftigte ist das Pendant zum Landesticket für Landesbedienstete. Die Mitgliedstädte des Städtetags sind sowohl aus ökologischen als auch aus personalwirtschaftlichen Gründen daran interessiert, ihren Beschäftigten eine kostenlose Nutzung des ÖPNV hessenweit anbieten zu können. Die Städte sind bereit, zur Finanzierung des Kommunaltickets Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich vorzusehen – Besondere Finanzausweisung für Zwecke des ÖPNV ohne dabei die Schlüsselzuweisungen zu belasten.

*(Grundlage: Beschluss Präsidium/ Hauptausschuss 19.9.2019)*

Die Mittel sollen nach derzeitigen Berechnungen genügen, um einen Sockelbetrag pro kommunalem Beschäftigten und Monat zu finanzieren.

### **7. Mehr Handlungsspielräume für verkehrsrechtliche Anordnungen**

Land und Bund müssen die Handlungsspielräume der Kommunen bei verkehrsrechtlichen Anordnun-

gen ausweiten, zum Beispiel bei der Anordnung von Geschwindigkeits- und Zufahrtsbeschränkungen, Zebrastreifen oder City-Maut.

Im Zusammenhang mit den Themen Verkehrssicherheit, Luft und Lärm wird deutlich, dass die Städte vor allem bei der Entscheidung über Geschwindigkeitsreduzierungen innerorts mehr Kompetenz brauchen. Eine reduzierte Geschwindigkeit verbessert die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger und kann dazu beitragen, den Lärm sowie die Luftschadstoffe zu senken. Die situationsgerechte Anpassung der Geschwindigkeiten ist eine wichtige Voraussetzung für ein verträgliches Miteinander verschiedener Nutzer im öffentlichen Raum. Rechtliche Hindernisse im Straßenverkehrsgesetz des Bundes sind zu beseitigen. Bis dahin müssen Maßnahmen notfalls über Pilotversuche realisiert werden können.

Land und Bund sollen die Forderung der Kommunen unterstützen in geschlossenen Ortschaften Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit festzusetzen. Auf klassifizierten Straßen erhalten Kommunen die Möglichkeit Tempo 50 oder eine andere Geschwindigkeit anzuordnen.

### **8. Elektromobilität, alternative Antriebe und Carsharing**

Die Elektromobilität ist weiter auszubauen. Ebenso sind alternative Antriebsarten zu verstärken.

Das Land muss das Hessische Straßengesetz dahingehend ergänzen, dass Bereitstellung und Regulierung des öffentlichen Raums für Sharing-Anbieter möglich werden. *(Das Land ist bereits mit der Überarbeitung des HStrG befasst.)*

### **9. Smart Mobility**

Smart Mobility ist das Mobilitätskonzept der Zukunft und bedeutet die Vernetzung umweltfreundlicher Mobilität, also von Bahnfahren, Busfahren, Radfahren, Carsharing und Zu-Fuß-Gehen. Es gilt, hochwertige und durchgängige alternative Wegeketten anzubieten und in den nächsten Jahren Smart Mobility weiter auszubauen. Hierfür benötigen die Kommunen Geld von Bund und Land, um Systeme zu erproben.

### **10. Mobilitätswende übergreifend und interkommunal denken**

Mobilität ist interkommunal und regional zu denken, denn der Verkehr endet nicht an der Stadtgrenze. Die Mobilität in der Stadt ist als integriertes System zu betrachten. Investitionen in ein kommunales und betriebliches Mobilitätsmanagement und dessen Ausbildung sind eine wichtige Grundlage und sollten von Bund und Land gefördert werden.



Breite Zustimmung für die Resolution

## Schnappschüsse aus dem Aue-Stadion



Bild: Stadt Kassel, Harry Soremski

**Der neue Präsident OB Dr. Wingenfeld am Mikrofon:  
von li. n. re.: GF Direktor Jürgen Dieter, Hauptausschuss-Vorsitzender StR Stefan Majer, neuer Erster Vize-Pr. OB Christian Geselle,  
neuer Präsident OB Dr. Heiko Wingenfeld, Direktor Stephan Gieseler, bisheriger Zweiter Vizepräsident BM a.D. Horst Burghardt.**



Bild: Stadt Kassel, Harry Soremski

**Breite Zustimmung für die Resolution**

## OB Dr. Wingenfeld zum Präsidentenwechsel und zur Verabschiedung von Horst Burghardt

„Lieber Herr Geselle, lieber Christian, zweieinhalb Jahre hast Du als Präsident des Hessischen Städtetages die großen Städte und Gemeinden in Hessen in Bund, Land und in der kommunalen Familie vertreten. Bei Deiner Amtsübernahme in 2019 ahnte niemand von uns, was mit der Pandemie auf Dich als Präsident und uns alle zukommen würde. Du hast uns als Verband als Präsident mit hoher Kompetenz, Ausdauer und Leidenschaft hervorragend durch diese Zeit geführt. Vielen Dank dafür!

Die Mitglieder des Hessischen Städtetages danken Dir auch für die vielen langen Fahrten von Kassel nach Wiesbaden, insbesondere zu den Verhandlungen zu den Finanzthemen, die gerade auch in der Pandemiezeit von so grundlegender Bedeutung für uns waren.

Es ist dem Hessischen Städtetag durch Deinen Einsatz gelungen, dass wir auch bei verschiedenen Sichtweisen Land und Kommunen gemeinsam zu guten Lösungen gekommen sind. Wir sind sehr froh darüber, dass wir weiter mit Dir im Präsidium des Hessischen Städtetages wirken können. Die Mitglieder sagen einstweilen DANKE für Deinen Einsatz als Präsident!

Weil der Kasseler Klingelton bei unseren Telefonkonferenzen seit März 2020 so eindrücklich morgens um 8 Uhr an unser Ohr schallte, und Du die Telefonkonferenzen perfekt gemanagt hast, darf ich Dir im Namen aller Mitglieder das Buch „Nachts um eins am Telefon“ überreichen. Besten Dank!



**22 Jahre mit großem Einfluss im Präsidium des Hessischen Städtetages: BM Horst Burghardt**

Lieber Horst Burghardt,

seit mehr als zwei Jahrzehnten sind Sie Mitglied im Präsidium des Hessischen Städtetages. Kein anderes Mitglied im Präsidium kann so lange auf eine Arbeit in unserem Spitzengremium – zuletzt als 2. Vizepräsident des Verbandes – zurückschauen.

Sie haben sich darüber hinaus in vielen weiteren Gremien für die Belange der Städte in Hessen eingesetzt: sei es bei unseren Kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene, den Arbeitgeber-

verbänden, der ekom21 oder der Landespersonalkommission.

In den Fachausschüssen unseres Verbandes haben Sie sich in den Personal- und Organisationsausschuss und den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft mit ihrem Sachverstand eingebracht. Das Thema Nachhaltigkeit in seiner finanziellen Dimension und die Generationengerechtigkeit lagen und liegen Ihnen ganz besonders am Herzen. Vor allem waren Sie als Gruppen-sprecher der Bündnisgrünen verlässlicher

Ansprechpartner, Mittler und fairer Verhandler. So konnten wir gemeinsam das Beste für die Städte und den Verband erreichen.

Die Mitglieder sagen DANKE für Ihren Einsatz und wünschen beste Gesundheit! Im Namen aller Städte darf ich Ihnen das Buch „Die deutsche Seele“ überreichen.

Besten Dank!



**Dr. Heiko Wingenfeld dankt Horst Burghardt**

## Schlusswort OB Dr. Heiko Wingenfeld, Fulda Beachtung und Durchsetzung einer Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne unser Anspruch und Ziel

„Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich danke ich Ihnen als Delegierte und Gäste für Ihre Teilnahme an der heutigen Mitgliederversammlung des Hessischen Städtetages.

Meinen besonderen Dank möchte ich im Namen von Ihnen allen an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarek Al-Wazir richten. Sie haben die Mitgliederversammlung mit ihrem fachlichen Vortrag bereichert und Impulse für unsere kommunale Arbeit gesetzt, mit dem einen oder anderen Wort aber auch gezeigt, dass es für uns als Hessischer Städtetag wichtig ist, dass wir Bund und Land auch immer wieder an ihre Pflichten und unsere Rechte erinnern.

Die Städte und Gemeinden können im Hessischen Städtetag gemeinsame Themen setzen und die verschiedenen Anliegen der Kommunen bündeln. Deshalb sind fast alle dabei. Zudem können wichtige Trends und gesetzliche Entscheidungen auf Landesebene richtungsweisend beeinflusst werden.

Insbesondere bei dem für Kommunen elementaren Thema der Finanzen spielt und wird der Hessische Städtetag immer eine wichtige Rolle spielen und die Abstimmung innerhalb der kommunalen Familie suchen. Das gilt ganz praktisch gesehen für die großen Bereiche der Krankenhausfinanzierung für eine qualitätsvolle Gesundheitsversorgung und der Kinderbetreuung.

Ganz besonders aber muss in allen Politikbereichen die Beachtung und Durchsetzung einer Nachhaltig-

keit im umfassenden Sinne unser Anspruch und Ziel sein.

Staatliches und kommunales Handeln haben sich abgestimmt auf eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung hin auszurichten, welche die Bedürfnisse heutiger wie auch zukünftiger Generationen berücksichtigt.



OB Dr. Wingenfeld, BM Horst Burghardt und Direktor Gieseler

Dieses so genannte Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit schließt damit ganz besonders auch die finanziellen Aspekte ein.

Durch gemeinsame Beratungen kann die Interessenlage der Kommunen bereits im Vorfeld der Gesetzgebung und bei der Einführung wirksam eingebracht werden. Deswegen ist es schön, dass heute fast alle Mitgliedstädte des Hessischen Städtetages zusammengekommen sind.

Einen weiteren großen Dank richte ich im Namen von Ihnen allen an

die Stadt Kassel und die Geschäftsstelle des Hessischen Städtetages für die Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf der doch pandemiebedingt besonderen Sitzung.

Kommen Sie nun gut in Ihre Städte und Gemeinden zurück.

Die neugewählten Mitglieder von Hauptausschuss und Präsidium des Hessischen Städtetages bitten wir zu ihren konstituierenden Sitzungen hier im Stadion zu bleiben. Die Sitzungen beginnen gleich unmittelbar.

Auf ein Wiedersehen zur nächsten Veranstaltung des Hessischen Städtetages.

Hiermit schließe ich die 24. Mitgliederversammlung 2021 des Hessischen Städtetages.“

## Mitglieder im Hauptausschuss des Hessischen Städtetages

StR	Stefan Majer	- Vorsitzender -	Frankfurt am Main
BM	Michael Lotz	- Stv. Vorsitzender	Dillenburg
BM	Joachim Thiemig		Biedenkopf
StK	André Schellenberg		Darmstadt
1. StR'in	Renate Mohr		Flörsheim am Main
StvV'in	Hilime Arslaner		Frankfurt am Main
StR	Mike Josef		Frankfurt am Main
	<i>Annette Rinn</i>		<i>Frankfurt am Main</i>
BM	Lars Keitel		Friedrichsdorf
BM	Frank Börner		Gudensberg
BM	Dirk Westedt		Hochheim am Main
BM	Christian Vogt		Hofheim am Taunus
BM	Benjamin Tschesnok		Hünfeld
BM	Manfred Ockel		Kelsterbach
BM	Klaus Friedrich		Korbach
1. StR	Michael Stanke		Limburg a. d. Lahn
StR	Marburg		Marburg
BM	Patrick Koch		Pfungstadt
BM	Jürgen Hoffmann		Rodgau
1. StR'in	Andrea Schülner		Rödermark
BM	Steffen Wernard		Usingen
StR	Norbert Kortlüke		Wetzlar
StvV	Dr. Gerhard Obermayr		Wiesbaden
StR	Thomas Schenk		Kassel

## Mitglieder im Präsidium des Hessischen Städtetages

OB	Dr. Heiko Wingefeld	- Präsident - Fulda
OB	Christian Geselle	- Erster Vizepräsident - Kassel
OB	Jochen Partsch	- Zweiter Vizepräsident - Darmstadt
1. StR	Michael Schüßler	- Vizepräsident - Rodgau
OB	Alexander Hetjes	Bad Homburg v.d. H.
BM	Alexander Heppe	Eschwege
BM	Hartmut Spogat	Fritzlar
StR'in	Gerda Weigel-Greilich	Gießen
OB	Claus Kaminsky	Hanau
StR	Kai Boeddinghaus	Kassel
StR'in	Ulrike Grote	Kassel
BM	Albrecht Kündiger	Kelkheim (Taunus)
BM	Rainer-Hans Vollmöller	Lauterbach
OB	Dr. Thomas Spies	Marburg
BM'in	Sabine Groß	Offenbach am Main
OB	Dr. Felix Schwenke	Offenbach am Main
StR	Paul Gerhard Weiß	Offenbach am Main
BM	Sandro Zehner	Taunusstein
OB	Gert-Uwe Mende	Wiesbaden
BM	Dr. Oliver Franz	Wiesbaden
GFD	Dr. Jürgen Dieter	Wiesbaden
Dir	Stephan Gieseler	Wiesbaden
StR	Stefan Majer	- Vorsitzender HA - Frankfurt am Main
BM	Michael Lotz	- Stellv. Vorsitzender HA - Dillenburg



## **Programm der Mitgliederversammlung in Kassel Donnerstag, 2. September 2021**

- 13:00 Uhr**                      **Anmeldung und musikalische Eröffnung**
- 14:00 Uhr**                      **1. Eröffnung und Begrüßung**  
Oberbürgermeister Christian Geselle, Kassel, Präsident
- 14:30 Uhr**                      **2. Verbandsangelegenheiten**
- a) **Geschäftsbericht für die Zeit vom 1.7.2016 bis 30.6.2021**  
GF Direktor Jürgen Dieter
  - b) **Entlastung von Präsidium und Hauptausschuss**
  - c) **Wahlen zu Präsidium und Hauptausschuss**
  - d) **Änderungen der Satzung des Verbandes**
  - e) **Vorlagen und Anträge (bei Bedarf)**
- 15:00 Uhr**                      **3. Verkehrswende in Hessen 2031**
- a) **"Verkehrswende in Hessen 2031 – nachhaltig umweltfreundliche Mobilität in lebenswerten Städten"**  
Staatsminister Tarek Al-Wazir,  
Stellvertretender Ministerpräsident
  - b) **Resolution des Hessischen Städtetages zur Verkehrswende in Hessen 2031 – nachhaltig umweltfreundliche Mobilität im urbanen Raum**
- 4. Schlusswort**  
Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld, Fulda,  
Erster Vizepräsident
- 16:00 Uhr**                      **Ende der Veranstaltung**